



SCHWEIZER FREISINN

Ausblick Kampagnen 2016	11	Aus Sicht eines Unternehmers	14	Impressionen vom Tag der FDP	18/19	Herzlichen Dank, Gabi Huber!	21
Übersicht Wahlkampfdaten	12/13	Interview SR Felix Gutzwiller	15	Unter Freisinnigen	20	Jede Stimme zählt!	22/23

37. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

Inhalt

Tag der FDP



Am 22. August hat die FDP mit einem Volksfest die Schlussphase des Wahlkampfes um die eidg. Wahlen eingeläutet. Über 1500 Freisinnige, Parteimitglieder und Sympathisanten wurden in Sursee von der Sonne empfangen.

Seiten 18 und 19

Unter Freisinnigen

Auch wenn sich der Franken zuletzt leicht abgewertet hat, bleiben Margen und Aufträge in vielen Branchen stark unter Druck. Die Lageeinschätzungen der Unternehmens- und Verbandsvertreter am letzten runden Tisch der Wirtschaft Anfang September zeichnen weiterhin ein schwieriges Bild.

Seite 20

Herzlichen Dank, Gabi Huber!

Die FDP ist heute im Aufwind. Dazu hat Gabi Huber entscheidend beigetragen. Nun verlässt sie die nationale Politik und wendet sich neuen Aufgaben zu. Wir danken Gabi Huber für alles, was sie für den Freisinn, den Kanton Uri und unser Land getan hat, und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.

Seite 21

Wahlen 2015

Jede Stimme zählt!

Es ist Wahlkampf, und da werden wieder viele Phrasen gedroschen. Doch eine dieser Phrasen stimmt in diesem Wahlkampf ganz besonders für unsere Partei: Jede Stimme zählt! Die Mobilisierung ist zentral und kann darüber entscheiden, ob wir am 18. Oktober die Wahlgewinnerin sein werden oder nicht.



Seit Wochen und Monaten sind in den Kantonen die Wahlkampfverantwortlichen und die Kandidierenden mit vollem Einsatz daran, alles für den Wahlerfolg zu geben. Unzählige Freiwillige haben in ebenso unzähligen

Stunden Miliztätigkeit ihr Bestes gegeben. Nun liegt es an Ihnen, diesen Einsatz zu würdigen und ihm mit Ihrer Stimme zum Erfolg zu verhelfen. Sie haben es mit Ihrer Teilnahme an den Wahlen und mit Ihrem Beitrag

zur Mobilisierung Ihres Umfeldes in der Hand, die Arbeit der letzten Jahre zu honorieren. Nehmen Sie bitte Ihre Verantwortung wahr und gehen Sie wählen! Wählen Sie FDP!

Seiten 22 und 23



Siegerehrung mit den Bundesräten Johann Schneider-Ammann und Didier Burkhalter sowie Nationalrat Christian Wasserfallen.

Wettbewerb der Ortsparteien

Mit gutem Beispiel voran

Im Rahmen des nationalen Wahlkampfes fand unter den Ortsparteien ein Wettbewerb statt. Am Tag der FDP wurden die Gewinner gekürt. Doch nicht nur die Gewinner, sondern alle beteiligten Ortsparteien sind ein gutes Beispiel für die vielseitige Arbeit, welche in den Gemeinden geleistet wird.

Um zu demonstrieren, dass die Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt nicht nur Worthülsen sind, rief die FDP Schweiz Ende 2014 die Ortsparteien auf, in Projekten ihre Interpretation der drei Werte darzustellen. Die Ortsparteien erhielten in der ersten Hälfte des Wahljahres die Chance, ihr Projekt im Rahmen der eidgenössischen Delegiertenversammlungen einem breiten Publikum zu präsentieren.

In den Sommermonaten beugte sich der nationale Vorstand über die eingereichten Projekte und bewertete sie nach verschiedenen Kriterien, wie dem Einbezug der Basis oder der Nachhaltigkeitswirkung. So wurde aus den sieben eingegangenen Projekten pro Wert ein Gewinner gekürt.

Dank für ausserordentliches Engagement

Die drei Sieger-Sektionen wurden am 22. August am Tage der FDP von Nationalrat Christian Wasserfallen ausgezeichnet und prämiert. Alle drei erhielten als Preis für ihr Engagement einen finanziellen Beitrag an die nächste Kampagne.

Ein grosser Dank und ein ausserordentliches Lob gehen auch an die anderen Sektionen, welche sich am Wettbewerb beteiligten, leider aber nicht gewonnen haben. Auch sie haben mit ihren Projekten begeistert und ungewöhnliche Lösungswege aufgezeigt. Sie alle sind für andere Sektionen ein Vorbild.

Natürlich stehen die Sektionen, welche am Wettbewerb teilgenommen haben, nur beispielhaft für die vielfältige, intensive und unentgeltliche Arbeit, welche in den Ortsparteien geleistet wird. Es ist immer wieder erstaunlich und begeisternd zu sehen, mit welcher Kreativität, mit welchem Einsatz und mit welcher Selbstverständlichkeit sich die Vertreterinnen und Vertreter der FDP in den Gemeinden engagieren. All diesen Freiwilligen drückt der Vorstand der FDP Schweiz seine Dankbarkeit und Hochachtung aus.

Anti-Littering auf Zürichs Strassen

Die FDP-Sektion des Kreises 6 in Zürich macht sich regelmässig auf, um die Strassen der Stadt von Abfall zu

befreien. Mit dieser Aktion leisten die Mitglieder dieser Sektion nicht nur einen wichtigen Beitrag zu einer sauberen und lebenswerten Stadt, sondern sie leben den Wert «Gemeinsinn» voll und ganz. Dank der Berichterstattung mit Bild und Medientext sorgt die FDP Kreis 6 zudem dafür, dass ihr Einsatz für die Stadt eine breite Aufmerksamkeit erhält. Dafür sorgen selbstverständlich auch die hellen FDP-Warnwesten, die die fleissigen Helfer beim Müll-Einsammeln tragen.

Liberales Personalreglement für Gemeindeangestellte

Eines ganz anderen Themas nahm sich die FDP der Genfer Gemeinde Veyrier an. Mittels einer Initiative sorgte sie dafür, dass die Gemeindeangestellten zukünftig ein liberales Arbeitsreglement erhalten, welches nicht nur die bürokratischen Abläufe erleichtert, sondern auch dem Wert «Fortschritt» alle Ehre macht. Der unermüdliche Einsatz der FDP Veyrier sorgte sogar dafür, dass das Reglement ohne Gegenstimme und unter Zustimmung der betroffenen Angestellten angenommen wurde.

Verbote verbieten

Die Jungfreisinnigen Basel widmeten sich in ihrem Projekt der Verbotsflut, welche über ihre Stadt hereinbricht. Mit einem unterhaltsamen Video illustrieren sie ihren Kampf gegen das Verbot, im Brunnen zu baden, zu trommeln, im Tram zu essen oder mit Harassen durch die Gegend zu laufen. Gerade durch diese abstrusen Beispiele zeigen die Jungfreisinnigen auf, wie wichtig ihr Einsatz ist, um Verbote zu verbieten.

Inspiration für weiteres Engagement

Die FDP hofft, dass die guten Beispiele der Gewinner des Wettbewerbs der Ortsparteien den anderen Sektionen als Inspiration dienen, und sie ermutigen, sich den Herausforderungen ihrer Gemeinde auf kreative Art zu widmen. Zeigen Sie Ihrer Gemeinde, dass Ihre Sektion nicht nur redet, sondern anpackt. Es sind gerade die kreativen, lösungsorientierten und unkomplizierten Vorschläge, welche unsere Partei stark machen. Dank anpackenden und mitdenkenden Politikerinnen und Politikern in den Sektionen geniesst die FDP an Vertrauen in der Bevölkerung.

Kanton Schaffhausen

Gelungener Wahlauftakt mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann in Schaffhausen

Am historischen Tor zur Stadt Schaffhausen, auf dem neu sanierten «Freien Platz» an der Schiffflände, hat die FDP des Kantons Schaffhausen am 12. August 2015 zum öffentlichen Wahlauftakt geladen.

Thomas Hauser,
Vizepräsident FDP Schaffhausen

Unter dem Motto «Auf ein Feierabendbier mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann» fand ein gut besuchter, volksfestähnlicher Politanlass statt. Ständeratskandidat Reto Dubach und die beiden Nationalratskandidaten Martin Kessler und Florian Hotz schenkten von einem Oldtimer-Bierlastwagen den edlen Gerstensaft der Brauerei Falken als Freibier aus. Um Fassbier mit einem klassischen Zweifinger-Schaum fachgerecht auszu-

schenken, absolvierten die SR- und NR-Kandidaten vorgängig in der Brauerei Falken einen Bierzapfkurs. Zu Beginn des Abends hielt Bundesrat Schneider-Ammann eine viel beachtete Rede zur Lage der Nation im Umfeld der belastenden Frankenstärke.

Anschliessend unterstrich Ständeratskandidat Reto Dubach die Wichtigkeit seiner Kandidatur. Als jetzt amtierender Regierungsrat habe er das nötige Rüstzeug, um den Stand Schaffhausen mit seinen Anliegen und Wünschen in Bern würdig und mit Nachdruck zu vertreten.

In Form von Interviews begründeten die Nationalratskandidaten Martin Kessler und Florian Hotz ihre Kandidatur und umschrieben ihren zum Denken anregenden Wahlspruch «Einfach machen». Die jungfreisinnigen Nationalratskandidaten Marcel Montanari und Res Hauser rundeten die Kandidatenpräsentation ab und stiessen mit den Worten «Freisinn, Freiheit, Freibier» auf einen erfolgreichen Wahlherbst mit der Gesellschaft an.

In geselliger Runde mit Bundesrat, den Kandidaten und vielen Gästen ge-

nossen alle einen unvergesslichen Abend mit spezieller Ambiance am Rhein. Bundesrat Johann Schneider-Ammann wurde belagert von Bürgerinnen, Bürgern und Medienvertretern, vom lokalen Anbieter bis hin zu Fernsehen SRF – und erst kurz bevor das Munot-Glöggli um neun Uhr das Schliessen der Stadttore bekanntgab, verliess er nach gelungenem Wahlauftakt Schaffhausen wieder in Richtung Bundeshaus.

Danke für Ihren Besuch, Herr Bundesrat, Sie verliehen dem Abend das Prädikativ «hervorragend».

Kanton Solothurn

Die Solothurner FDP an der HESO

Die Herbstmesse Solothurn (HESO) ist jährlich im September ein Publikumsmagnet für die ganze Region. Über hunderttausend Besucherinnen und Besucher strömen während zehn Tagen an die Messe vor den Toren der Altstadt Solothurns.

Charlie Schmid,
Wahlkampfleiter
Kanton Solothurn

Erstmals wurden dieses Jahr auch politische Parteien zugelassen. Einzig FDP und SVP machten von dem Angebot Gebrauch, was natürlich sofort erste Neider auf den Platz rief. Die freisinnigen und jungfreisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten teilten die Schichtensätze untereinander auf. Es entwickelten sich viele lebhaft und engagierte Diskussionen. Am FDP-Stand lockte ein Glücks-



Am FDP-Stand an der HESO.

rad, bei dem es galt, die Namen der erzwirbelten Kandidierenden zu nennen. Für die Kleinen gabs FDP-Ballons und Schöggeli der Kandidierenden zu gewinnen. Die Grossen wurden mit einer Flasche «Meisterbräu» belohnt – dem speziell für unsere Ständeratskandidatin Marianne Meister gebrauten Bier aus ihrer Heimatregion Bucheggberg. Besonderes Highlight war der Besuch von Bundesrat Johann Schneider-Ammann, der mit der kompletten und prominenten Gästeschar des Eröffnungstages Halt am FDP-Stand machte.

Politik-Pavillon in Baar ZG

Politik aus erster Hand

FDP.Die Liberalen Baar überlegte sich für das Wahljahr etwas ganz Besonderes. Auf einzigartige Weise sollten die Baarerinnen und Baarer sowie weitere Interessierte Politik erleben können.

**Andreas Hostettler, Präsident
FDP.Die Liberalen Baar**

Wohl kaum ein Passant übersah den markanten Pavillon aus 1500 Holzpaletten, welcher im Mai neben der Baarer Rathaus-Schüür aufgebaut war. So markant wie sein Äusseres war auch der Inhalt des 1. Baarer Politik-Pavillons. Nebst den Wahlkampfthemen der FDP – Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – wagte sich das Organisationskomitee um FDP-Baar-Präsident Andreas Hostettler auch an «heisse Eisen». So besuchte beispielsweise die Amtsleiterin der Zuger KESB, Gabriella Zlauwini, den Pavillon. Sie erzählte von der täglichen Arbeit und stellte sich den herausfordernden Fragen des Publikums. Nationalrat Bruno Pezzatti erläuterte während eines weiteren Anlasses die geplanten Veränderungen in der Altersvorsorge. Wir sind alle früher oder später von dieser Thematik betroffen, und dies regte entsprechend zu verschiedensten Diskussionen an. Auch Andrea Hodel sorgte in ihrem Referat mit interessanten Aspekten im Zusammenhang mit Ehescheidungen



Angeregte Gespräche unter den Besuchern.

und der Altersvorsorge für wichtige Denkanstösse. Selbstverständlich durfte die Diskussion zum NFA zwischen Zuger Politikern und Kollegen aus Nachbarantonen nicht fehlen.

Politik für Jung und Alt

Die Organisatoren erklärten bereits im Vorfeld zum Ziel, dass die Anlässe während der Politik-Pavillon-Woche die verschiedensten Interessen- und Altersgruppen ansprechen müssen. So erhielten auch rund 80 Oberstufenschüler aus Baar die Gelegenheit, Ständerat Joachim Eder und Regierungsrat Matthias Michel Fragen zu stellen, welche die Jugendlichen schon immer einmal einem Politiker stellen wollten.

Die Schlussveranstaltung widmeten die Veranstalter dem viel diskutierten Lehrplan 21 und weiteren Fragen zur Schulbildung. Zu Stichworten wie Integration von Schülern mit Lernschwächen oder mit Migrationshintergrund nahm SVP-Regierungsrat Stephan Schleiss Stellung und erläuterte die Sicht der Zuger Bildungsdirektion.

Ziel erreicht

Nebst all den fundierten Referaten

kamen die Diskussionen unter den Teilnehmern nicht zu kurz. Bei den anschliessenden Apéros beobachtete man die Besucher in intensiven Gesprächen. Und damit hat das Organisationskomitee der FDP Baar sein Ziel erreicht! Die Baarer Bevölkerung zur Diskussion von politischen Themen anzuregen. Rückblickend kann gesagt werden: Der Aufwand war gross, die Teilnahme der Bevölkerung hätte grösser sein dürfen, aber ein wichtiger Anfang für eine breitere politische Diskussion mit rund 400 Anlassbesucher ist gemacht. Beim Anlass des FDP-Baar-Donatoren-Clubs 333 referierte der Unternehmensberater und Nicht-Politiker J. Bernhard zum Thema «FDP – braucht es sie noch?». Andreas Hostettler sagt überzeugt: «Ja – unbedingt! Und übrigens, auch im nächsten Jahr wird es in irgendeiner Form eine FDP-Politik-Woche in Baar geben ...» Freuen wir uns schon heute auf angeregte und wichtige Gespräche!



Der Politik-Pavillon.

Kanton Graubünden

Bündner Kreativität

In Graubünden gilt es, den vor vier Jahren verlorenen Nationalratssitz wieder zurückzuerobern. Dazu haben sich die zehn Kandidierenden (zwei Listen) zahlreiche Aktionen einfallen lassen: Am 25. Juli liefen drei Kandidaten bei der 30. Austragung des Swiss Alpine Marathon in Davos mit. Besonders waren die Startnummern mit den Glückszahlen 100 und 1810 (symbolisch für 18. Oktober).

Vera Stiffler,
Co-Wahlkampfleiterin und
Nationalratskandidatin

An der grössten Herbstmesse in Chur führten die Kandidierenden am eigenen FDP-Stand bis zu elf Abende hintereinander spannende Gespräche mit den Besuchern. Nebst unzähligen weiteren Veranstaltungen in allen Tal-schaften und Sprachregionen sind die

Kandidaten an verschiedensten Orten (nebst der klassischen Werbung) zu sehen: Mit riesigen Transparenten auf Feldern, mit Bildern auf Autos, beim Wochenmarkt, am Churer Fest beim Beach-Tennis-Turnier und natürlich auch am nationalen Tag der FDP vom 22. August.

Die Bündner FDP hat sich zum Ziel gesetzt, in Sachen soziale Medien im Kanton die Nase ganz vorne zu haben.

Folglich wird ein sehr aktiver Wahlkampf über Facebook und Twitter geführt.

Und natürlich kommunizieren wir laufend den Slogan «für Arbeitsplätze in Graubünden» und verkünden so, dass wir (echte) Bündner Kandidaten (als Anspielung auf Kandidaten anderer Parteien mit Wohnsitz in Zürich!) auf Bündner Plakaten haben. Wir produzieren alle Werbemittel in Graubün-



Vier der zehn Bündner Kandidaten für den Nationalrat stellten sich dem Wettbewerb beim Beach-Tennis-Turnier in Chur.

den und vergeben keine ausserkantonale Aufträge, womit wir Bündner Arbeitsplätze erhalten.

Canton du Jura

Deux élections simultanées

Vendredi 18 septembre, le PLR Jura a tenu son repas de soutien pour les élections fédérales en présence de près de 300 personnes à Cornol.

Yann Rufer,
président du PLR Jura

Cette année 2015 n'est pas simplement une année d'élections fédérales pour le Jura puisque le canton a droit au grand chelem électoral avec l'élection du parlement et du gouvernement cantonal également le 18 octobre. Cette soirée a été l'occasion de rencontrer tous les candidats, autrement dit, les quatre candidats au Conseil national ainsi que les candidats au parlement cantonal et le candidat pour le gouvernement, Jacques Gerber.



pour son engagement pour les valeurs libérales-radicales. Jacques Gerber, candidat pour le Gouvernement, a fait part de ses projets pour l'avenir. La partie officielle s'est terminée par un discours engagé de la part de l'invité

d'honneur, Léonard Bender, ancien vice-président du Parti Radical et candidat aux élections fédérales pour le canton du Valais. Léonard Bender a rappelé l'importance du rôle des libéraux-radicaux dans la sphère politique

et l'équilibre que ce parti amène dans les différents échelons fédéraux, il a lancé un appel à se mobiliser pour ces dernières semaines de campagne cantonale et fédérale. La mobilisation de tous nos membres est importante afin que le Jura augmente sa représentation au parlement cantonal et, pourquoi pas, crée la surprise aux élections fédérales.

En route pour les élections fédérales et cantonales

Nous souhaitons que les élections cantonales et fédérales soient à l'image de ce repas de soutien une véritable réussite. Le meilleur scénario possible pour le PLR Jura est une augmentation de la députation au parlement, l'élection de Jacques Gerber au Conseil d'Etat et, cerise sur le gâteau, une surprise pour le Conseil national.

Wahlkampf der FDP International

Taten statt Worte im Dienste der «fünften Schweiz»

FDP.Die Liberalen International setzt sich seit 1999 mit konkreten Projekten für die Anliegen der liberal denkenden Schweizerinnen und Schweizer im Ausland ein. Sie sind die idealen Träger der liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Werte, mit denen das Ausland die Schweiz und seine Bürger verbindet. Diese Werte sichern auch die enge Verbundenheit der im Ausland lebenden Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Heimatland. Im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen hat die FDP International eine Studie unter den Vertretern der fünften Schweiz zur Zufriedenheit über die konsularischen Dienstleitungen der Bundesverwaltung durchgeführt.

**François Baur, Präsident
FDP.Die Liberalen International**

Für die FDP International sind die im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer Botschafter der Schweiz, welche als leistungsstark, innovativ, fortschrittlich und als verlässlichen Partner in ihren Gastländern wahrgenommen wird. Wollen die Auslandschweizerinnen und -schweizer diese Aufgabe erfüllen, müssen sie sich auf konsularische Dienstleistungen von höchster Qualität verlassen können. Dies ist bei 750 000 im Ausland lebenden Bürgerinnen und Bürgern keine einfache Aufgabe. Leider macht der Sparzwang auch vor den konsularischen Diensten nicht halt. In den letzten Jahren wurden neun diplomatische Vertretungen geschlossen. Für die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland erschwert dies die Durchführung einfachster Verwaltungshandlungen, wie die Änderung des Zivilstands oder den Erhalt eines Passes. Ähnliche Schwierigkeiten haben Schweizerinnen und Schweizer, die bei Reisen im Ausland auf Hilfe einer diplomatischen Vertretung angewiesen sind. Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, hat die FDP International unter den Auslandschweizern eine Umfrage zur Qualität der konsularischen Dienstleistungen durchgeführt. Mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 52 Ländern, die von mehr als 75 diplomatischen Vertretungen betreut werden, haben sich an der Umfrage beteiligt.



François Baur

Der Bericht wurde anlässlich des Auslandschweizerkongresses am 14. August in Genf der Öffentlichkeit vorgestellt und auch dem EDA übergeben, welches die Aktion als hilfreich begrüsst.

Die FDP International als Wahlhelfer für die Auslandschweizer

Der Bericht über die konsularischen Dienstleitungen ist nur ein Beispiel und zeigt, dass sich die FDP International nicht erst seit Kurzem für die

Anliegen der fünften Schweiz einsetzt. Im Übrigen kann die FDP International auf die Unterstützung vieler Nationalrats- und Ständeratskandidatinnen und -kandidaten aus den Kantonen zählen, die ihr Wahlmanifest unterschrieben haben. Dies ist nur logisch: Enge wirtschaftliche, kulturelle oder wissenschaftliche Beziehungen der Schweiz mit dem Ausland sind für das Wohlergehen unseres Landes existenziell. Viele der FDP-Kandidatinnen und -Kandidaten für den National-, bzw. den Ständerat haben selber im Ausland gelebt, gearbeitet oder dort studiert. Die FDP International will die Interessen der fünften Schweiz auch in der fünfzigsten Legislaturperiode vertreten sehen. Deshalb hat sie auf spezielle Auslandschweizerlisten verzichtet. Die im Ausland lebenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wählen jeweils in dem Kanton, in welchem sie registriert sind. Es ist daher sinnvoller, Kandidierende auf den kantonalen Wahllisten der FDP zu unterstützen, die eine reelle Wahlchance haben und sich verpflichtet haben, für die Anliegen der fünften Schweiz im Parlament einzustehen. Eine Liste der 19 Kandidatinnen und Kandidaten aus 9 Kantonen finden Sie auf der Website der FDP International. Die Wählerinnen und Wähler aus diesen Kantonen sind eingeladen insbesondere diesen Kandidatinnen und Kandidaten ihre Stimme zu geben, immer unter Beachtung folgender Regel: Kumulieren ja, panaschieren nein... ausser zu Gunsten der FDP!

Lohngefüge in der Bundesverwaltung

Lohnmassnahmen in der Bundesverwaltung – gerecht oder vorseilend?

Man wird sich fragen, weshalb ein Bundesangestellter kritisch über das Lohngefüge in der Bundesverwaltung schreibt und ob er nicht die Hand beisse, welche ihn nährt.

Beat Schlatter,
Präsident FDP Service Public

Nein, tut er nicht. Aber ein kritischer Blick auf die Hand, welche ihm das Geld des Steuerzahlers umverteilt, sei erlaubt. Dies sowohl mit den Augen eines Steuerzahlers als auch mit denen eines liberal und wirtschaftsfreundlich denkenden Menschen und Staatsbürgers.

Der Bundesrat hat kürzlich, um den Bundeshaushalt zu entlasten und die Handlungsspielräume im Personalbereich zu erweitern, sechs Massnahmen im Personalbereich beschlossen. Diese Massnahmen sollen den Bundeshaushalt ab 2016 um rund 30 Millionen Franken pro Jahr entlasten. Unter anderem umfassen diese

- die individuelle Lohnentwicklung (konkret: Eindämmung des automatischen Aufstiegs in das Maximum einer Lohnklasse);
- die Leistungsprämie (konkret: Reduktion einer nicht garantierten Leistungsprämie um 5 Prozent);
- die Treueprämie (konkret: die erste Treueprämie nach 5 Dienstjahren wird ersatzlos gestrichen).

Weitere Massnahmen sind im Lohnsystem, in der beruflichen Vorsorge und, für wenige Angestellte, in der Überbrückungsrente vorgesehen. Summa summarum alles vertretbare und vernünftige Entscheide in Zeiten von angespannten finanziellen Verhältnissen.

Nun lehnt der Personalverband des Bundes (PVB) diese Massnahmen ab. Massnahmen, welche in der genannten Form absolut personalverträglich sind. Die Begründung des PVB ist, dass man im Wahljahr mit Stimmungsmache gegen das Bundespersonal auf Stimmenfang gehe.

Es ist Tatsache, dass die Lohnsumme in der Bundesverwaltung laufend



Beat Schlatter

zunimmt. Dies hat aber nicht per se mit einem permanenten und, wie von rechtsnationalen Kreisen immer behauptet wird, laufenden Lohnanstieg für Bundesangestellte zu tun. Richtig ist vielmehr, dass der Verwaltung immer mehr Aufgaben zugeschoben werden, welche für niemanden interessant und leider nicht ausfinanziert sind. Das führt zu einer Aufblähung der Verwaltung. Dieser Tendenz muss Einhalt geboten werden.

Marktwirtschaftliche Lohnstruktur?

Davon unabhängig stellt sich aber die Frage der Lohnstruktur in der Bundesverwaltung. Das aktuelle Lohngefüge ist so, dass vor allem die unteren Einkommensklassen gegenüber der Privatwirtschaft klar bessergestellt sind. In den Klassen der Kader und Top-

kader stellt man fest, dass diese Stellen nur bedingt marktwirtschaftlich bezahlt sind. Hier liegt die Begründung darin, dass eine gewisse Jobsicherheit auch etwas gelte. Die wirkliche Problematik liegt aber bei den mittleren Kadern, bei welchen die Löhne in keinem Fall marktgerecht sind. Obwohl ich oben die Meinung äusserte, dass die vorgesehenen Lohnmassnahmen absolut verträglich sind, verliert dadurch die Bundesverwaltung für aufstiegswillige Arbeitnehmer unterer Stufen und für Topkräfte aus anderen Wirtschaftszweigen jegliche Attraktivität.

Damit besteht die Gefahr, dass, wenn die Bundesverwaltung ihr Lohngefüge so weiterführen wird, nur noch «zweitklassige» Arbeitnehmer in – teilweise nicht unwichtigen Stellen – angestellt werden, weil nur sie bereit

sein werden, zu den gebotenen Bedingungen an einer solchen Position zu arbeiten. Dies beinhaltet die Gefahr, dass der Bundesverwaltung nicht mehr die besten Leute zur Verfügung stehen und deren Reputation noch weiter sinken wird. Es ist richtig, Lohnmassnahmen zu Gunsten eines Gesamtbudgets zu ergreifen, jedoch muss weiterhin sichergestellt werden, dass topqualifizierte und ausgebildete Arbeitnehmer die Verwaltung als Arbeitgeber auswählen.

Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen

Ein einleuchtendes Beispiel für eine – vermutlich – gescheiterte Lohnpolitik mit populistisch plafonierten Lohnmassnahmen (durch die SVP) ist die Aargauische Kantonalbank. Im Interview mit der «Aargauer Zeitung» vom 21. August 2015 äussert sich ihr CEO, Rudolf Dellenbach, dezidiert zum aufgezwungenen Lohndeckel. Seine Aussage: «Headhunter gehen wie wilde Katzen auf unser Bank los. Sie kontaktieren Mitarbeiter der mittleren Führungsstufe, weil sie davon ausgehen, der Lohndeckel habe auch Auswirkungen auf sie, sodass sie sich einfach abwerben lassen.»

Fazit: Der PVB muss lernen, dass die Verwaltungen auf allen Stufen primär dazu da sind, der Wirtschaft hervorragende und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Diese müssen frei eines selbstgerechten Verwaltungsapparates sein. Dafür haben Verwaltungen schlank, effizient und effektiv zu sein. Dies haben sie mit gut ausgebildeten, marktwirtschaftlich entlohnten und damit motivierten Mitarbeitern zu erbringen. Alles andere ist nicht zielführend und steht der Verwaltung, deren Angestellte ihren Lohn über Steuergelder beziehen, nicht an.

Adoptionsverbot

Unsinnig und unnötig

Seit Jahren kämpfen LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) um ihre Rechte und gegen Vorurteile, Ängste, Ablehnung und Ausgrenzung. Langsam macht dieser Kampf Fortschritte, wie beispielsweise der Entscheid der USA, die Ehe für Homosexuelle zu legalisieren, zeigt. Auch in der Schweiz kämpfen wir um Anerkennung und Gleichberechtigung. Ein Kampf, der eigentlich in einer aufgeschlossenen, liberalen Gesellschaft nicht mehr nötig sein sollte, es aber weiterhin ist.

Odilo Lamprecht,
Präsident Radigal

Auch wenn immer mehr Erfolge auf dem Weg zur Gleichberechtigung erzielt werden, gibt es doch noch ein Thema, welches weiterhin tabuisiert wird – die Auflösung des Adoptionsverbots für gleichgeschlechtliche Paare. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Es ist die Angst, dass diese Kinder in einer «abnormalen» Umgebung aufwachsen, in der Schule gehänselt oder selbst homosexuell werden.

Fadenscheinige Argumente

Ein kritischer Blick auf die Argumente der Befürworter eines Adoptionsverbots zeigt auf, dass dieses grundsätzlich keinen Sinn machen. Dafür gibt es mehrere stichhaltige Gründe:

1. Das Adoptionsverbot gilt nur für gleichgeschlechtliche Paare, welche in einer eingetragenen Partnerschaft leben. Aufgezeigt an einem Beispiel heisst das konkret: Ein schwuler Mann, der alleinstehend ist oder in einer nichteingetragenen Partnerschaft lebt, hat das Recht, ein Kind zu adoptieren. Dieser Mann muss die gleichen Untersuchungen durchlaufen und die gleichen Kriterien erfüllen wie ein heterosexueller Mann. Somit wird die eingetragene Partnerschaft zum Ausschlusskriterium für eine Adoption. Dies ist ein Widerspruch in sich, da genau die eingetragene Partnerschaft eine langfristige, wohlüberlegte und bewusste Entscheidung für ein gemeinsames Zusammenleben darstellt.

2. «Es braucht einen Mann und eine Frau, damit ein Kind normal aufwachsen kann!» Diese Aussage höre ich sehr oft. Würde man dieses Argument weiterführen, müsste man



Odilo Lamprecht

sich ja Sorgen machen um all die Kinder, die tragischerweise ein Elternteil verlieren oder deren Eltern sich trennen und keine gemeinsame Sorgerechtsregelung hinbekommen. Doch dies ist nicht nötig, denn Kinder brauchen nicht per se eine männliche und eine weibliche Bezugsperson, sondern schlicht Eltern, die sie lieben und für sie da sind.

3. Ist es für Kinder wirklich so viel besser, ohne Eltern aufzuwachsen als bei einem gleichgeschlechtlichen Paar? Immer wieder, wenn ich mir diesen Gedanken durch den Kopf gehen lassen, komme ich zum gleichen Schluss: Dies ist Unsinn. Kinder brauchen Aufmerksamkeit, Liebe und das Wissen, zu einer Familie zu gehören. Auch wenn unser heutiges System der

Betreuung elternloser Kinder hervorragend ist, wäre es für diese Kinder doch besser, in einer Familie aufwachsen zu dürfen.

4. Wenn der eine Weg nicht geht, bedient man sich eines anderen. Durch das unsinnige Adoptionsverbot werden leider immer mehr gleichgeschlechtliche Paare in die Illegalität gezwungen. Leihmütter im In- und Ausland werden dafür bezahlt, das Kind anderer Personen auszutragen, welche das Kind nach der Geburt übernehmen. In einigen Fällen findet danach zwischen Kind und Leihmutter kein Kontakt mehr statt. Der Gang in die Illegalität kann jahrelange rechtliche Konsequenzen haben.

Libérale Haltung

Aus meiner Perspektive sprechen nicht nur diese vier Argumente dafür, sich klar gegen das Adoptionsverbot auszusprechen. Eine liberale Gesellschaftspolitik sollte alle Arten des Familienlebens akzeptieren und ihnen Selbstverantwortung und Verantwortung füreinander zutrauen und abverlangen. Selbstverständlich muss das Wohl des Kindes bei einer Adoption an erster Stelle stehen. Es gibt jedoch keinerlei Beweise oder Argumente dafür, dass ein Kind sich bei einer gleichgeschlechtlichen Familie unwohler fühlen sollte als bei einer gemischtgeschlechtlichen. Wichtig ist einzig und allein die Liebe und Geborgenheit, die ein Kind in einer Familie erhält.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass diese liberale Haltung sich in naher Zukunft durchsetzen wird. Dafür kämpfe ich, und ich hoffe, dass sich viele Freisinnige diesem Einsatz für eine Gleichberechtigung aller Lebensformen anschliessen werden.

Wahlen 2015

Frauen wählen – aus Liebe zur Schweiz!

Das nationale Parlament wird am 18. Oktober neu gewählt. Die nächste Legislatur wird entscheidend sein für die Anliegen der Frauen: Neben der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative stehen die Altersreform 2020 und die Fachkräfteinitiative des Bundesrates an.

Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP.Die Liberalen Frauen

Für uns FDP Frauen ist es ein erklärtes Ziel, den Frauenanteil im Parlament zu erhöhen, die Anliegen der Frauen zu stärken und in der nächsten Legislatur politisch durchzusetzen. Daher unterstützen wir die Aktion «clever wählen» von alliance F.

Heute sind die Frauen mit weniger als 20 Prozent im Ständerat und weniger als 30 Prozent im Nationalrat vertreten. alliance F will das ändern. Die Untervertretung der Frauen im Parlament kann korrigiert werden, indem strategisch clever gewählt wird. Auf ihrer Webseite www.alliancef.ch findet man die entsprechende Wahlplattform.

Die FDP Frauen sind überzeugt, dass sich gemischte Teams in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auszahlen. Nur wenn wir gemeinsam, Frauen und Männer, Jung und Alt, an einem Strick ziehen, werden wir die kommenden Herausforderungen für die Schweiz meistern können. In diesem Sinne – Frauen wählen – aus Liebe zur Schweiz!



Claudine Esseiva

FDP
Die Liberalen
Frauen

www.fdp-frauen.ch



Auf
Augenhöhe

*politisieren,
arbeiten und leben.*

Wahlen 2015

FDP stärken. Jungfreisinn wählen.

Die Jungfreisinnigen sind die liberale Speerspitze der FDP. Wir kämpfen für mehr Freiheit und weniger Staat: Wir lehnen höhere Steuern ab, sind gegen die Umlenkung von Strassengeldern für die Schiene (sowie die ideologische «Umerziehung» von Autofahrern). Staatliche Frauenquoten sind für uns sozialistische Ideologie, so wie Kirchensteuern für juristische Personen ein Relikt der Vergangenheit sind. Stattdessen befürworten wir die Ehe für homosexuelle Paare und setzen uns für eine liberale Drogenpolitik ein. Wir sind gesellschafts- und wirtschaftsliberal! Denn: Liberalismus ist nicht teilbar.

Maurus Zeier, seit 2012 Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Klare Forderungen ohne Kompromiss sind für die «Oppositionspartei» Jungfreisinn einfacher als für die Regierungspartei FDP. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich diese zwei Parteien deswegen optimal ergänzen. Wir beide wollen eine Reform der Altersvorsorge. Zwar würden die Jungfreisinnigen das Rentenalter und den Umwandlungssatz direkt an die Lebenserwartung koppeln und damit viel weiter als die aktuelle Vorlage gehen. Dennoch befürworten wir den Schritt in die richtige Richtung und ziehen damit am gleichen Strang wie die FDP. Diese setzt sich für weniger Umverteilung von der Strasse auf die



Maurus Zeier

Schiene ein, während wir Jungfreisinnigen die Milchkuh-Initiative unterstützen und dieser Umverteilung gänzlich ein Ende setzen wollen. Auch hier

laufen wir in die gleiche Richtung. In vielen Kantonen haben Jungfreisinnige Volksinitiativen lanciert. Sei es für freie Ladenöffnungszeiten, die Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen oder für Steuersenkungen. Der Jungfreisinn hat lanciert, die FDP ist aufgesprungen, und gemeinsam haben wir gekämpft.

Eine Jungpartei gewinnt keine nationalen Parlamentsmandate. Aber sie kann entscheidender Faktor sein, wenn es um die Sitzverteilung der etablierten Parteien geht. Über 200 Kandidatinnen und Kandidaten kandidieren dieses Jahr auf Listen der Jungfreisinnigen für den Nationalrat. Ein neuer Rekordwert. Dazu kommen junge Hoffnungsträger auf den Listen der Freisinnigen, welche teils reelle

Chancen auf den Einzug in die Bundesversammlung haben. Dank uns sollen Nachfolgeregelungen im Freisinn kein Problem sein.

Als ich mit 16 Jahren in unsere Partei eingetreten bin, traf ich eine andere FDP. Wir alle haben das politische Handwerk, die Arbeit auf der Strasse und die volksnahe Art zu politisieren wieder gelernt. Heute bin ich 25 Jahre alt, und die FDP ist konsequenter, bürgerlicher, bodenständiger und liberaler als damals. Präsident der Jungfreisinnigen zu sein, ist für mich eine Ehre, und ich glaube, für alle Jungfreisinnigen zu sprechen, wenn ich sage, dass wir stolz sind, Teil der freisinnigen Familie zu sein.

Mehr Freiheit. Weniger Staat.



Ein sicherer Gotthard für die ganze Schweiz.

gotthard-tunnel-ja.ch



Vorschau 2016

Abstimmungsausblick auf das Jahr nach den Wahlen

Bis zum 18. Oktober sind Parteien und Kandidaten ganz dem Wahlkampf verschrieben. Gleichzeitig geht aber auch die Arbeit in den Kommissionen und Räten weiter, und viele Volksbegehren werden abstimmungsreif. Weil es 2015 nur zwei offizielle Abstimmungstermine gab, werden wir 2016 über viele wichtige Vorlagen zu entscheiden haben. Ein Rekord von über fünfzehn Abstimmungen in einem Jahr wäre möglich.

Petra Gössi, Nationalrätin SZ

Im Normalfall erhalten wir jährlich vier Mal die Möglichkeit, über Sachthemen abzustimmen, lediglich im Wahljahr ist dies bereits offiziell auf drei Termine reduziert. Die Überlegung dahinter ist, dass die Wahlen nicht durch Abstimmungen verfälscht werden und bereits im Voraus Streit über die Terminierung ausbricht. Aufgrund der Bundesratswahlen und der zweiten Wahlgänge für den Ständerat wurde in den letzten Jahren jeweils auch der vierte Termin im Wahljahr nicht wahrgenommen. Damit sind für 2015 nur zwei Termine verblieben, weshalb wir erst nächstes Jahr wieder über Sachthemen befinden.

Rekordzahl an Abstimmungen

Die Beratungen über die eingereichten Initiativen wird aber selbstverständlich nicht ausgesetzt, was zu einem



Petra Gössi

«Stau» bei den Abstimmungsvorlagen führt. Zusammen mit der vor vier Jahren ausgelösten Initiativflut führt dies im kommenden Jahr zu einer Abstimmungsflut, wie sie die Schweiz wohl noch nie gesehen hat. Während wir im Jahr 2012 über zwölf Vorlagen entschieden haben, werden wir im 2016 wohl über mindestens 15 Vorlagen abstimmen. Das ist Rekord!

Bereits im Februar sind wir gefordert

Bereits 2012 haben wir am ersten Abstimmungstermin über fünf Vorlagen entschieden, ähnlich viele Vorlagen wird der Bundesrat Ende Oktober auch dieses Mal für den Februar 2016 terminieren. So viele Vorlagen am gleichen

Termin bergen aber auch Gefahren. So geschehen bei der Zweitwohnungsinitiative, welche von bürgerlicher Seite vernachlässigt und schliesslich verloren ging. So etwas darf nicht wieder passieren.

Wichtige Abstimmungen stehen bevor

Für das nächste Jahr stehen enorm wichtige Vorlagen bevor, wie beispielsweise der Sanierungstunnel am Gotthard, das bedingungslose Grundeinkommen, die Durchsetzungsinitiative oder die Gewerkschaftsinitiative AHV-plus. Uns wird nach den Wahlen also kaum Zeit zum Verschnaufen bleiben. Bereits Anfang des kommenden Jahres starten die nächsten Abstimmungskampagnen. Dabei sind wir auf Ihr Engagement angewiesen, damit wir wichtigen Vorlagen zum Durchbruch verhelfen und gefährliche Vorlagen zurück an den Absender schicken können.

Wahlkampfagenda

Übersicht über wichtige Wahlkampfdaten der Kantone

Die Zeit rennt ... nur noch zwei Wochen bis zu den Wahlen. Schreiben Sie sich die folgenden Daten in Ihre Agenda und besuchen Sie uns. Wir freuen uns auf Sie!

Alle wichtigen Informationen finden Sie auf den jeweiligen Websites der Kantone.

Kanton	Datum	Veranstaltung
Aargau	3. Oktober 2015	Ideensammelstelle, Werkhof Lenzburg
Basel-Stadt	3. Oktober 2015	Standaktion mit Kaffeemobil, Rheinterrasse/Helvetiaterrasse Kleinbasel
Basel-Stadt	5. Oktober 2015	Telebasel – 061live mit Daniel Stolz
Genf	8. Oktober 2015	Assemblée des délégués du PLR Genève à Lancy
Luzern	3. Oktober 2015	MüllerMobil-Tour Hasle, Wolhusen, Ettiswil
Luzern	10. Oktober 2015	MüllerMobil-Tour Malters, Kriens, Horw
Luzern	17. Oktober 2015	MüllerMobil-Tour Ruswil, Neuenkirch, Sempach
Obwalden	10. Oktober 2015	Standaktion Lungern, Restaurant Bahnhofli
St. Gallen	14. Oktober 2015	FDP-Olma-Stamm
Solothurn	10. Oktober 2015	Wahlkampfstand FDP Subingen
Schwyz	3. Oktober 2015	Herbstfest Einsiedeln
Schwyz	9.–11. Oktober 2015	Schwyzner Chilbi
Schwyz	10. Oktober 2015	Herbstmärt Galgenen
Thurgau	3. Oktober 2015	Standaktion Romanshorn
Thurgau	10. Oktober 2015	Standaktion Aedorf
Zürich	3. Oktober 2015	JF-Aktion zur Budgetsituation des Schweizer Staates
Zürich	10. Oktober 2015	JF Kick-out-Event Wahlkampf JFZH
Zürich	17. Oktober 2015	JF Wahlkampffeier



Die Kandidaten der FDP Schaffhausen, Martin Kessler, Reto Dubach und Florian Hotz, üben für den Wahlkampf sogar das Bierzapfen.



Die Basler Kandidaten diskutieren jeweils am Samstagmorgen bei Kaffee und Gipfeli mit den Wählern.



In Obwalden diskutiert Ständeratskandidat André Windlin mit der Bevölkerung.



Wahlkampf kann auch Spass machen: der Nidwaldner Ständeratskandidat Hans Wicki im Einsatz.



Berner Kandidatinnen und Kandidaten im Einsatz in Ostermündigen.

Aus Sicht eines Unternehmers

Patrons in die Politik

Kurz vor den Wahlen sieht man wieder viele Profile auf den Wahlprospekten oder auf Plakaten. Leider gibt es wenige Unternehmer bzw. Patrons, die zur Wahl antreten. Ebenfalls sind die Unternehmer unter den Parlamentariern leider nicht mehr so zahlreich vertreten wie auch schon. Andere Berufsgattungen finden sich öfter. Diese Untervertretung ist spürbar, wenn Entscheide getroffen werden, die Unternehmen direkt betreffen. Auf Seiten der Unternehmer anschliessend die Faust im Sack zu machen, bringt jedoch nichts.

Carlos Reinhard, FDP-Grossrat und Vizepräsident des Grossrats Kanton Bern, Geschäftsführer Grosswäscherei Reinhard AG

Es ist Zeit, dies zu ändern! Höre ich Aussagen, dass man für ein politisches Amt «keine Zeit» habe, ist für mich klar, dass dies nur eine Sache der Prioritätensetzung ist. Zumindest aber sollte jeder Unternehmer wählen gehen und mit seiner Stimme Unternehmer unterstützen. Doch Achtung: Nicht alle, welche sich als Unternehmer bezeichnen, sind es auch. Der Begriff Unternehmer wird plötzlich auch von subventionierten Sozialbetrieben und deren Mitarbeitern verwendet.

Aktuelle Wirtschaftslage

Die Wirtschaftslage ist zurzeit nicht für alle Branchen gut. Die Nachwehen des starken Frankens werden erst später spürbar werden. Die Arbeitgeber sind gefordert, sich für diese Herausforderung fit zu machen. Es lässt sich nicht leugnen, dass die Schweiz für viele Produktionsarbeiten oder auch einfache Administrationsaufgaben zu teuer wurde oder immer teurer wird. Viele grössere Unternehmungen sind gezwungen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verschieben oder entsprechende Dienstleistungen aus dem Ausland zu beziehen. Dies müssen wir stoppen.

Staatliche Erfindungen

Der Staat erfindet immer mehr Abgaben, Gebühren und Steuern. Die Leistungen werden aber nicht grösser. Nicht nur der Personalbestand bei den Kommunen wächst, sondern auch der administrative Aufwand bzw. die Kontrollen. Dies kostet viel, was wie-

derum über Steuern finanziert wird. Jeder der Wirtschaft auf diese Weise entzogene Franken verhindert eine Investition im privaten Bereich oder hindert Konsum. Das Ausgabenwachstum der öffentlichen Hand ist beängstigend. Mehr Bescheidenheit und weniger Perfektionismus könnte es vertragen. Pläne verfassen, Expertenberichte erstellen und Vernehmlassungen durchführen, um ja keinen Fehler zu machen, wird von uns Unternehmern gefordert.

Doch als Unternehmer muss man oft auf das Bauchgefühl vertrauen, da

man weder Zeit noch Ressourcen hat, um jede mögliche Situation zu hinterfragen. Deshalb braucht es auch in den Exekutivämtern wieder mehr Personen, welche sich trauen, eine Entscheidung zu treffen und diese auch durchzusetzen.

Keine Willkür

Zurzeit diskutieren Wirtschaftsverbände, ob man eine Wiederholungsabstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative unterstützen sollte. Für mich ist klar, dass das Volk entschieden hat. Ich lehne eine solche

Wiederholung entschieden ab. Eine andere Abstimmung richtet zurzeit einen weit grösseren wirtschaftlichen Schaden an: die Zweitwohnungsinitiative. Ähnlich knapp angenommen, jedoch spricht hier niemand von einer Wiederholung. Vielleicht liegt es daran, dass eher kleine Gewerbebetriebe in den Randregionen betroffen sind, als Grossunternehmungen oder Landwirtschaftsbetriebe.

Ich bin auch überzeugt, dass das Schweizer Volk kein Problem hat, dass Fachkräfte in die Schweiz kommen, so lange dass dementsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Das Schweizer Volk hat aber genug von den Wirtschaftsflüchtlingen.

Deshalb setze ich mich weiterhin für unseren Wirtschaftsstandort ein. Ich freue mich, wenn ich weitere «Patrons» in einem politischen Amt antreffe. Denken Sie daran, wenn die nächsten Wahlen anstehen.

PS: Die Wette gilt!

Es beschäftigt mich, wenn Ausschreibungen für Schweizer Betriebe zu einer «Farce» werden. Vor allem wenn es darum geht, Leistungen zu erbringen, wenn die Personalkosten mehr als 50 Prozent betragen. Ausländische Baufirmen bauen in der Schweiz Strassen oder Tunnels. Haben Sie dies schon mal im nahen Ausland gesehen? Ausländische Betriebe verrichten ihre Dienstleistungen in der Schweiz. Umgekehrt? Wenn Sie solche Fälle kennen, dann schreiben Sie mir bitte eine Nachricht. Ich bin überzeugt, dass meine Mailbox kaum eine neue Meldung bekommen wird. Die Wette gilt! Eine bessere Statistik gibt es nicht, um unsere Konkurrenzfähigkeit zu belegen.



Carlos Reinhard

Altersvorsorge

«Wir wollen die Renten langfristig sichern.»

Interview mit Ständerat Felix Gutzwiller zur Altersvorsorge.

Felix Gutzwiller, Sie sind dieses Jahr 67 geworden. Weshalb sind Sie noch nicht in Rente gegangen?

Ich fühle mich fit. Es ist ein Privileg, an Aufgaben mitarbeiten zu dürfen, die dem Leben einen Sinn geben. So zum Beispiel die Altersvorsorge2020, die auf lange Sicht die Weichen für ein sicher finanziertes Alter stellen soll.

In Norwegen könnten Sie bis 75 arbeiten und ab dem 67. Lebensjahr zusätzliches Altersguthaben sammeln. Wäre das auch für die Schweiz ein gangbarer Weg?

Aus demografischer Sicht wird es meiner Meinung nach unumgänglich sein, dass Erwerbstätige länger im Arbeitsprozess bleiben. Die jetzige Reform sieht ja nicht mehr ein fixes Rentenalter, sondern ein flexibles Referenzalter vor. Vorgesehen ist dabei, dass Arbeiten über 65 hinaus die Rente verbessert. Damit sind sicher einmal die Anreize richtig gesetzt.

Welche Möglichkeiten zur sicheren Finanzierung der Altersvorsorge haben wir?

Mathematisch gesehen ist es simpel, wir haben drei Möglichkeiten: Entweder wir kriegen weniger Rente, wir arbeiten länger, oder wir bezahlen mehr Steuern. Wir setzen uns ein für ein Rentenalter von 65 Jahren für Frauen und Männer sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, um die rein demografiebedingten Mehrkosten zu decken. Lohnprozente hingegen, die den Faktor Arbeit verteuern, lehnen wir ab – insbesondere im Hinblick auf die Frankenstärke.

Eine höhere Mehrwertsteuer bedeutet aber weniger Geld im Portemonnaie am Ende des Monats ...

Wir wollen die Renten langfristig sichern und die AHV sanieren. Wir wollen also weder einen Abbau, noch können wir uns einen Ausbau der Renten leisten. Eine mässige Erhöhung der Mehrwertsteuer ist unumgänglich.



Felix Gutzwiller

Dies ist das richtige Instrument, weil es alle einbindet – sowohl Berufstätige als auch Rentnerinnen und Rentner. Im Interesse der Generationenverträglichkeit ist es wichtig, dass nicht nur die Aktiven die zusätzlich nötige Finanzierung bezahlen müssen.

Die FDP verlangt seit längerem die Angleichung des Rentenalters für Frauen und Männer bei 65 Jahren. Der Bundesrat fordert dies in der Altersvorsorge2020 ebenfalls. Erfolgt diese Reform also einseitig zu Lasten der Frauen?

Nein. Beispielsweise werden Witwenrenten nicht gekürzt, wie der Bundesrat es wollte. Auch gibt es dank unserem Einsatz für Erwerbstätige mit mehreren Teilzeitjobs eine klare

Verbesserung in der beruflichen Vorsorge – davon profitieren insbesondere Frauen.

Der Ständerat hat Teile der SP-Initiative «AHVplus» und der CVP-Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» in das Geschäft «Altersvorsorge2020» übernommen. Was ist daran falsch?

Die Mitte-Links-Koalition hat dazu geführt, dass die Reform nicht nur stabilisierend und sanierend wirkt, sondern in der AHV zu einem Ausbau der Leistungen führt. Dieser Leistungsausbau vergrössert das Finanzierungsproblem ab 2030 auch deshalb, weil die Generation der Babyboomer nach wie vor Rente bezieht. Die Probleme der AHV werden also nicht gelöst,

sondern vergrössert und nach hinten geschoben. Dies ist unverantwortliche Politik zu Lasten der Erwerbstätigen. Nicht umsonst haben sich auch Jungparteien von Links bis Rechts gegen den Vorschlag des Ständerates ausgesprochen.

Sie haben die Reform im Ständerat abgelehnt. Welches sind die Vorschläge der FDP für sichere Renten?

Die Reform enthält viele positive Elemente zur Sanierung, insbesondere die Angleichung des Frauen-Rentenalters an das der Männer sowie die unbedingt nötige Absenkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge. Beides sind klare FDP-Forderungen. Falsch ist jedoch der Leistungsausbau in der AHV. Im weiteren Verlauf der Behandlungen wird für uns die Sanierung im Vordergrund stehen, also weder Abbau noch Ausbau.

AHV: Die Lebenserwartung steigt alle vier Jahre um ein Jahr. Gleichzeitig haben wir eine tiefe Geburtenrate und die Babyboom-Generation, die in den Ruhestand geht. 1948 kamen 6,4 Erwerbstätige auf einen Rentner, heute sind es nur noch vier. 2060 werden zwei Erwerbstätige gegenüber einem Rentner stehen. Zudem: 2030 wird das AHV-Defizit 8,3 Milliarden Franken jährlich betragen, mit rasch steigender Tendenz.

Berufliche Vorsorge BVG: Die Lebenserwartung steigt, gleichzeitig sind die Zinsen tief. Jeder Rentner bezieht heute rund 40000 Franken mehr, als er im BVG angespart hat. Der Umwandlungssatz ist fix im Gesetz festgelegt, darum passt sich das System nicht der Realität an. Trotz Kapitaldeckungsverfahren wird das Geld, das die Jungen einbezahlen, zu Gunsten der Rentner ausbezahlt.

Fraktionsessen

Auf Wiedersehen und herzlichen Dank!

Zum letzten Mal in der aktuellen Legislatur traf sich die Bundeshausfraktion der FDP zum gemeinsamen Nachtessen. Acht Fraktionsmitglieder treten nicht erneut zur Wahl an, darunter Fraktionspräsidentin Gabi Huber und Vizefraktionspräsident Felix Gutzwiller.

Abschied zu nehmen fällt oft schwer. Das wurde einmal mehr klar am letzten Fraktionsessen der laufenden Legislatur, an dem sich die Fraktionsmitglieder von acht ihrer Kolleginnen und Kollegen verabschiedeten. Alle Zurücktretenden haben die Politik der FDP im Bundeshaus geprägt, viele von ihnen über eine lange Zeit. Besonders schwer gefallen ist den Fraktionsmitgliedern der Abschied von ihrer Präsidentin Gabi Huber, die es wie keine andere verstanden hat, die liberale Familie zu einen und auf einem klaren Kurs zu halten. Ebenfalls im Fraktionspräsidium fehlen wird der Vorsitzende der Ständeratsgruppe und ehemalige Fraktionspräsident Felix Gutzwiller, der einen wesentlichen Teil zur guten Arbeit der Fraktion beigetragen hat. Ein grosser Applaus und ein ebenso grosses Dankeschön galt auch den Ständeräten Christine Egerszegi, Hans Altherr, Hans Hess und Georges Theiler sowie den Nationalräten Sylvie Perrinjaquet und Pierre-André Monnard. Sie alle werden nicht wieder zur Wahl antreten. Ihnen allen sagt die Fraktion auf Wiedersehen und herzlichen Dank für die geleistete Arbeit!



Parteipräsident Philipp Müller und Fraktionspräsidentin Gabi Huber.



Ständerätin Christine Egerszegi und Ständerat Georges Theiler.



Ständerat Felix Gutzwiller und Ständerat Hans Hess.

Ende der 49. Legislatur

Viel Wichtiges, aber leider auch Unnützes

Das Wahljahr hat den Ruf, dass die schwierigen Geschäfte beiseitegeschoben werden und die Produktivität des Parlaments generell zurückgeht. Für 2015 und insbesondere für die letzte Session der 49. Legislatur trifft dies in keiner Weise zu: Die Traktandenlisten beider Räte waren dicht gedrängt und von vielen Kommissionssitzungen, die um 7.00 Uhr begannen, geprägt. Ebenfalls dauerten nicht wenige Open-End-Sitzungen bis spätabends. Gerade der Ständerat behandelte dank zusätzlicher Beratungszeit die umfangreichen Traktanden «Energiesstrategie 2050» und «Altersvorsorge 2020» fertig. Beide gehen nun an den Nationalrat, welcher diese in der 50. Legislatur in einer neuen Besetzung beraten wird.

Daniel Stolz, Nationalrat BS

Bei der Reform der Altersvorsorge wird der Nationalrat den Reformvorschlag des Ständerates korrigieren müssen. Obwohl der Ständerat in verschiedenen Punkten den Reformvorschlag des Bundesrates klar verbesserte, hat er auch einen Ausbau der AHV für Neurentner beschlossen, welcher über höhere Lohnabzüge finanziert werden soll. Während der Frankenstärke ist eine solche zusätzliche finanzielle Belastung von Unternehmen und Erwerbstätigen unverantwortlich und setzt Arbeitsplätze aufs Spiel. Die Erhöhung der Renten vergrössert ausserdem die strukturellen Finanzierungsprobleme der AHV; dabei war die Idee der Reform, die Probleme zu lösen, nicht sie zu verstärken. Die FDP will das heutige Rentenniveau sichern und nachhaltig finanzieren. Nicht so die SP/CVP-Mehrheit im Ständerat, welche sich die Gunst der Wähler mit Wahlgeschenken teuer erkaufen will.



Daniel Stolz

Kein grundloses Einkommen

Der Nationalrat hat klar und deutlich gegen ein «grundloses Einkommen» entschieden. Die Urheber der Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» wollen unabhängig davon, ob jemand arbeitet oder nicht, jedem Erwachsenen, jedem Jugendlichen und jedem Kind monatlich Geld ausbezahlen. Dadurch würde der Gesellschaftsvertrag auf den Kopf gestellt. Nicht nur Bedürftige erhielten finanzielle Unterstützung sondern auch jene, die durch Arbeit ihren Bei-

trag an die Gesellschaft leisten können. Dafür müssten pro Jahr weit über 200 Milliarden Franken zusätzlich durch Steuern eingenommen werden. Die FDP lehnte diese Initiative einstimmig ab.

Erfolgreiche FDP-Motion

So hat sich trotz des grossen Efforts, die laufenden Geschäfte abzuschliessen, dennoch auch immer wieder etwas Wahlkampf in die Beratungen der

Räte eingeschlichen. Die SVP zum Beispiel verlangte im Rahmen einer ausserordentlichen Session ein untaugliches und nicht umsetzbares Asylmatorium, welches – wie erwartet – klar abgelehnt wurde. In der dritten Sessionswoche traktandierten SP, Grüne und GLP eine inhaltslose «aktuelle Debatte» zum Thema «Klima», um ihr Parteiprogramm am Rednerpult runterzuleiern: Es gab keine Entscheide, keine Abstimmung – das

einziges Ergebnis dieser Übung war fehlende Beratungszeit für die effektiv hängigen Geschäfte. Keine heisse Luft war hingegen die von der FDP zusammen mit SVP und CVP aufgegleiste dringliche Debatte zum Thema Frankenstärke. Diese Debatte hatte das Ziel, verschiedene hängige Motionen gegen die Frankenstärke beschleunigt zu behandeln. Hervorzuheben ist insbesondere die Fraktionsmotion der FDP, welche verlangt, dass die Abschätzung von Regulierungsfolgekosten von einer neutralen und unabhängigen Stelle durchgeführt werden.

Vielen Dank!

Die Fraktion hat sich am Schluss der Session von acht Mitgliedern verabschiedet, welche am 18. Oktober nicht mehr für einen Sitz im Parlament kandidieren werden: NR Gabi Huber (Fraktionspräsidentin), SR Felix Gutzwiller (Fraktionsvizepräsident), SR Christine Egerszegi, SR Hans Hess, SR Hans Altherr, SR Georges Theiler, NR Silvie Perrinjaquet und NR Pierre-André Monnard. Ihnen allen gebührt ein grosser Dank für die geleistete Arbeit. Auch wenn das Parlament in der bisherigen Konstellation nicht mehr tagt, bleiben alle Fraktionsmitglieder auch nach den Wahlen bis zum 29. November im Amt, nehmen bis dann weiterhin an Kommissionssitzungen teil und werden an der vorseSSIONalen Fraktionssitzung der Wintersession anwesend sein – zusammen mit hoffentlich zahlreichen frischgewählten FDP National- und Ständeräten.

Tag der FDP

Über 1500 Freisinnige feierten in Sursee!

Am 22. August hat die FDP mit einem Volksfest die Schlussphase des Wahlkampfes um die eidgenössischen Wahlen eingeläutet. Über 1500 Freisinnige, Parteimitglieder und Sympathisanten, wurden in Sursee von der Sonne empfangen. Wir haben unsere drei Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt mit vielen Ballonen, gutem Essen, einer Hüpfburg und mit Alphornmusik und Jodel gefeiert. Auf diesen zwei Seiten finden Sie eine Auswahl der schönsten Impressionen des Tages. Alle Bilder finden Sie auf unserer Website: www.fdp.ch.



FDP-Präsident Philipp Müller, Bundesräte Johann Schneider-Ammann und Didier Burkhalter



Das liberale Feuer!



Die Alphornbläser



Auch Papis hatten ihren Spass.



Der Ballonwettbewerb



Für die Kleinen gab es einen Schminkkurs...



Und die Grossen freuten sich über den Ballonwettbewerb.



... sowie Ballontierchen.

Partylaune und Ballone haben den Tag geprägt! Ganz entspannt und ohne Krawatte haben die Freisinnigen das Sommerwetter genossen. Am grossen Volksfest der FDP war für jeden etwas dabei. Die Schleckmäuler bekamen Mohrenköpfe, Gesprächige durften mit unseren Kandidaten politisieren.

Rahmenbedingungen verbessern

Frankenstärke: Bürokratieabbau ist dringender denn je

Auch wenn sich der Franken zuletzt leicht abgewertet hat, bleiben Margen und Aufträge in vielen Branchen stark unter Druck. Die Lageeinschätzungen der Unternehmens- und Verbandsvertreter am letzten runden Tisch der Wirtschaft Anfang September zeichnen weiterhin ein schwieriges Bild. Die Folge der Frankenstärke sind vielerorts gestoppte Investitionen in der Schweiz, Verlagerungen ins Ausland und eine schleichende Deindustrialisierung.

Es gilt daher, die Rahmenbedingungen konsequent zu verbessern und Unternehmen von bürokratischem Ballast zu befreien. Dadurch sichern wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Arbeitsplätze. Der Kampf gegen die Bürokratie bleibt – obwohl von fast allen Seiten gefordert – leider zu oft ein Lippenbekenntnis. Das darf nicht sein.

Wir brauchen einen Kulturwandel und konkrete Taten. Das braucht Mut. Mut, nicht bei jedem Fehler oder Unfall eine neue Regulierung zu fordern. Mut zur Lücke, damit ein Gesetz nicht jeden noch so widersinnigen Einzelfall regulieren muss.

Wie können wir diesen Bürokratieabbau angehen? Ich sehe dazu zwei wichtige Schritte: Erstens müssen wir die bereits erkannten unnötigen administrativen Belastungen rascher abbauen. Zweitens müssen wir dafür sorgen, dass der Wirtschaft keine unnützen neuen bürokratischen Belastungen aufgebürdet werden.

Der Bundesrat hat sich dieser Aufgabe schon seit längerem angenommen. Bereits 2006 hat er 125 Massnahmen beschlossen, wovon heute 115 realisiert oder teilweise realisiert sind. 2013 wurden weitere 32 Massnahmen festgelegt, wovon heute deren 27 umgesetzt sind. Das sind Schritte in die richtige Richtung. Es muss aber konsequent und beharrlich weitergehen.

Der Bundesrat hat deshalb Anfang September Bilanz gezogen und in einem neuen Bericht weitere Massnahmen zur administrativen Entlastung beschlossen. Darunter sind prioritär die Ermöglichung der elektronischen, medienbruchfreien Zahlung



Johann N. Schneider-Ammann

der Mehrwertsteuer, die Flexibilisierung und höhere Kundenfreundlichkeit im Zollwesen sowie der Aufbau eines virtuellen nationalen One-Stop-Shops für Unternehmen.

Im selben Bericht übt der Bundesrat auch Selbstkritik. So nennt er Beispiele für verabschiedete Regulierungen, welche die Belastungen für die Unternehmen weiter haben ansteigen lassen. Mit Blick auf die Zukunft listet der Bundesrat zudem neue «absehbare Quellen steigender Regulierungskosten» auf und erwähnt die Energiestra-

tegie 2050, die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die Finanzmarktregulierung, die Aktienrechtsrevision und Verpflichtungen zur Lohngleichheit.

Bei meinen Bemühungen zur Bekämpfung einer überbordenden Bürokratie ist der Durchbruch in der leidigen Geschichte der Arbeitszeiterfassung für mich persönlich ein bedeutender Erfolg. An meinem Tisch einigten sich die Sozialpartner auf eine tragbare Lösung ohne Gesetzesänderung. Darüber freue ich mich sehr. Die

Lösung sieht zwei Varianten vor. Die Variante «Vereinfachung» erlaubt für Mitarbeiter mit einer gewissen zeitlichen Autonomie unabhängig ihres Lohns eine auf das absolute Minimum reduzierte Erfassung der geleisteten Arbeitsstunden. Das ist eine grosse administrative Entlastung zur geltenden Regelung. Es braucht dazu keinen GAV. Sondern nur eine innerbetriebliche Vereinbarung – in Firmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden kann das auch individuell geschehen. Will man hingegen ganz auf die Arbeitszeiterfassung verzichten (Variante «Komplett-Verzicht»), ist ein GAV notwendig. Die GAV-Lösung baut hier die Brücke, um dank der Sozialpartnerschaft das Gesetz maximal auszureizen. Die geplante Verordnungsanpassung wird voraussichtlich noch in diesem Herbst vom Bundesrat beschlossen und kann dann rasch in Kraft treten.

Die Bekämpfung der Bürokratie ist ein Weg der vielen Einzelschritte, denn eine einzige, grosse Entlastungsmassnahme gibt es nicht. Wem da der Mut vergeht, halte ich ein Zitat von Konfuzius entgegen: «Der Mann, der den Berg abtrug, war derselbe, der anfang, kleine Steine wegzutragen.» In diesem Sinne werde ich mich weiterhin mit vollem Engagement für den Abbau der Bürokratie und somit für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes einsetzen. Damit Arbeitsplätze und Wohlstand erhalten werden können – aus Liebe zur Schweiz!

**Ihr Johann N. Schneider-Ammann,
Bundesrat**

Herzlichen Dank, Gabi Huber!

Auf leisen Sohlen zum Erfolg

Josef Dittli, Regierungsrat UR

Schon zu Beginn ihrer politischen Karriere wusste sich Gabi Huber Respekt zu verschaffen: «Hiä niä» hiess 1983 die Bewegung zur Verhinderung eines Atommülllagers in Bauen. Gabi Huber, die vorher im Rekordtempo das Lizenziat beider Rechte an der Uni Freiburg erlangte, das Urner Anwaltspatent erwarb und 1982 eine eigene Anwaltskanzlei eröffnete, war mit dabei. Darauf schloss sie sich 1984 den Altdorfer Liberalen an und wurde wenig später in den Altdorfer Fürsorgerat gewählt.

Die Wahl in das Urner Kantonsparlament erfolgte 1988 auf Anhieb. Aufgrund ihrer Kompetenzen wurde sie zuerst in die Geschäftsprüfungskommission, dann in die Finanzkommission gewählt, die sie beide jeweils auch erfolgreich präsidierte. Ihre Fähigkeiten waren unbestritten: Sattelfest in den Dossiers und stark in der Argumentation.

Wahl in die Urner Exekutive

Die Wahl in die Kantonsregierung 1996 war die logische Folge. Als erste Frau in der Urner Exekutive übernahm sie gleich die Finanzdirektion. Die Finanzlage war schwierig, die Verschuldung gross, die Zukunftsaussichten trüb. Sparen war angesagt, in aller Konsequenz. Mutig und ohne Rücksicht auf das unmittelbar bevorstehende Wahljahr verordnete sie z. B. 1999 dem gesamten Urner Verwaltungspersonal eine lineare Lohnkürzung von einem Prozent. Der Protest war gross. Die SP verurteilte dies gar als Strafmassnahme. «Wer diese Titulierung verwendet, hat keine blasse Ahnung, worum es eigentlich geht», so Gabi Huber. Sie hat schon damals mit klaren Worten die Sache auf den Punkt gebracht! Einige Monate später schaffte sie die Wiederwahl mit dem zweitbesten Resultat. 2002 erfolgte ihre Wahl zur ersten Frau Landammann. Sie vertrat den Kanton Uri während zweier Jahre mit Stil und Würde.

Als im Jahre 2003 Franz Steinegger aus dem Nationalrat zurücktrat, wur-

de Gabi Huber gleich als Kronfavoritin gehandelt. Doch sie musste sich zuerst parteiintern und dann vor dem Volk gegen mehrere Kandidaten aus anderen Parteien durchsetzen. Dank ihres Leistungsausweises und ihrer Persönlichkeit schaffte sie es 2003, wiederum als erste Frau, den Kanton Uri in Bundesbern zu vertreten.

Im Nationalrat verschaffte sie sich dank ihrer disziplinierten Arbeitsweise rasch Respekt und Glaubwürdigkeit. Kein Wunder, wurde die Parteilührung auf ihre besonderen Fähigkeiten aufmerksam. So wurde sie bereits 2006 zur Vizepräsidentin und 2008 dann zur Fraktionspräsidentin gewählt. Die FDP war damals auf Tal-fahrt, und die anderen Parteien warteten nur darauf, einen der beiden Bundesratssitze wegschnappen zu können. Zusammen mit dem damaligen Präsidenten Fulvio Pelli verstand sie es aber, mit taktischem Geschick und Kalkül alle Angriffe abzuwehren. Als Fraktionschefin wurde sie rasch zu einer der einflussreichsten Persönlichkeiten der Schweizer Politik.

Eine bemerkenswerte Persönlichkeit

Gabi Huber hat sich in all den Jahren zu einer bemerkenswerten Persönlichkeit unseres Landes entwickelt. Als «Eiserne Lady des Freisinns» wurde sie betitelt, in Anspielung an den Einfluss von Maggie Thatcher in Grossbritannien. Tatsächlich sind gewisse Ähnlichkeiten mit der damaligen britischen Premierministerin nicht abzusprechen. Die FDP-Fraktion jedenfalls dirigierte sie mit starker Hand.

Als Person sei Gabi Huber eine Sphinx, war zu lesen. Tatsächlich, sie bevorzugte stets die harte Arbeit statt die grosse Show. Gabi Huber verstand es auch, Privates als privat zu behalten. Es gab wenig zu berichten in den Klatschgefässen der Unterhaltungsmedien, keine Homestories, keine

Anekdoten, nichts. Das Interesse an ihrer Person war ihr gleichgültig, für sie ging es um die Sache, und es zählten die Resultate.

Die FDP ist heute im Aufwind. Dazu hat Gabi Huber entscheidend beigetragen. Nun verlässt sie die nationale Politik und wendet sich neuen

Aufgaben zu. Sie wird das liberale Gedankengut in Wirtschaft und Gesellschaft weitertragen. Wir danken Gabi Huber für alles, was sie für den Freisinn, den Kanton Uri und unser Land getan hat.

Wir wünschen Gabi Huber für die Zukunft alles Gute.



Gabi Huber

Mobilisierung

Jede Stimme zählt!

Es ist Wahlkampf, und da werden wieder viele Phrasen gedroschen. Doch eine dieser Phrasen stimmt in diesem Wahlkampf ganz besonders für unsere Partei: Jede Stimme zählt! Die Mobilisierung ist zentral und kann darüber entscheiden, ob wir am 18. Oktober die Wahlgewinnerin sein werden oder nicht.

Vincenzo Pedrazzini,
Wahlkampfleiter

Wer mich kennt, weiss, dass ich kein Mann von Phrasen und grossen Worten bin. Doch zwei Wochen vor den Wahlen will ich diese Gelegenheit nutzen, um an Ihre grosse Rolle und Ihr Verantwortungsbewusstsein zu appellieren. Seit Wochen und Monaten sind in den Kantonen die Wahlkampfverantwortlichen und die Kandidierenden mit vollem Einsatz daran, alles für den Wahlerfolg am 18. Oktober zu geben. Unzählige Freiwillige haben in ebenso unzähligen Stunden Miliztätigkeit ihr Bestes gegeben. Ihnen gebührt mein grösster Dank, denn erst dieses Engage-

ment hat die gute Ausgangslage für uns möglich gemacht.

Ihre Stimme für grossen Einsatz

Nun liegt es an Ihnen, diesen Einsatz zu würdigen und ihn mit Ihrer Stimme zum Erfolg zu verhelfen. Sie haben es mit Ihrer Teilnahme an den Wahlen und mit Ihrem Beitrag zur Mobilisierung Ihres Umfeldes in der Hand, die Arbeit der letzten Jahre zu honorieren. Nehmen Sie bitte Ihre Verantwortung wahr, und gehen Sie wählen! Wählen Sie FDP! Wichtig ist dabei, dass Sie ganz bewusst darauf verzichten, Kandidaten anderer Parteien auf Ihren Stimmzettel zu schreiben. Panaschieren ist leider eine grosse Schwäche der

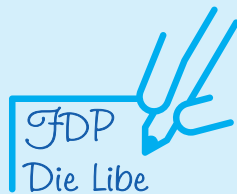


So unterstützen Sie die FDP

Wie wählen?



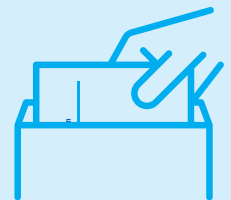
Nehmen Sie die Liste der FDP. Die Liberalen und lassen Sie sie unverändert.



Bei einer leeren Liste: Fügen Sie die Bezeichnung FDP. Die Liberalen oben ein.



Sie dürfen den gleichen Namen maximal 2-mal auf eine Liste setzen. Schreiben Sie keine Kandidaten anderer Parteien auf die FDP-Liste.



Stecken Sie nur einen Wahlzettel ins Wahlcouvert.

Ihre Stimme für die FDP bringt mehr Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz.



FDP – eine Schwäche, die sehr gefährlich ist und schadet.

Nicht panaschieren

Beim Panaschieren führen Sie einen Kandidaten einer anderen Partei auf der FDP-Liste auf. Durch diesen Vorgang verliert die FDP wichtige Stimmen. Ein Beispiel: Im Frühjahr 2014 hätte die FDP Luzern rein basierend auf den Listenstimmen – also den abgegebenen FDP-Listen – bei den kantonalen Wahlen vier Sitze gewonnen. Weil jedoch so viel panaschiert wurde auf den FDP-Listen, gewannen wir am Schluss «nur» zwei Sitze. Dieses Beispiel macht die Gefahr des Panaschierens für unsere Partei deutlich. Lesen Sie mehr dazu in der Box 2.

Das Potenzial nutzen

Alle Umfragen und Analysen zeigen deutlich, dass die FDP das grösste ungenutzte Potenzial an Wählern hat. Da sind neben unseren rund 120 000 Mitgliedern noch unzählige Personen in Ihrem Bekannten- und Freundeskreis oder unter Ihren Verwandten, die der FDP zugeneigt sind, aber noch nicht wissen, ob und wie sie wählen sollen. Um unser Potenzial nutzen zu können, brauchen wir Ihre Unterstützung.

Fordern Sie Ihr Umfeld ganz direkt und persönlich auf, sich an der Wahl zu beteiligen und die FDP-Liste ein-

zulegen. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zu unserer Mobilisierung. Wie Sie am besten mobilisieren können, erfahren Sie in Box 3.

Übernehmen wir Verantwortung

Für einmal müssen wir der SP Recht geben: In 14 Tagen geht es um eine Richtungswahl. Es wird sich entscheiden, ob unser Erfolgsmodell Schweiz eine Zukunft hat. Es liegt in unserer historischen Verantwortung als Gründerpartei der modernen Schweiz, diese Entscheidung mitzuprägen. Wir haben es in der Hand, zu entscheiden, wie sich die Schweiz weiterentwickeln wird. Die FDP hat eine klare Meinung, wie die Zukunft der Schweiz aussehen soll. Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind die Schlüssel zu einer Schweiz, in der jede und jeder sein Leben selbst gestalten kann, in der dank einem liberalen Arbeitsmarkt alle eine Beschäftigung finden und in der unser Land weiterhin Weltspitze in der Innovationstätigkeit bleibt.

Die FDP ist die Partei der Selbstverantwortung. Genau daher appellieren wir an Sie, Ihre ganz persönliche Verantwortung wahrzunehmen und sich an den Wahlen zu beteiligen und für unsere Partei zu mobilisieren.

Ich bin überzeugt, dass wir es gemeinsam schaffen können. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Kein Panaschieren

Bitte nur «eigene» Kandidaten

Unter Panaschieren versteht man das Aufführen von Kandidierenden anderer Parteien auf der FDP-Liste. Panaschieren von FDP-Listen mit Kandidierenden aus anderen Parteien ist sehr schädlich und schwächt unsere Bemühungen, zu mobilisieren und bei den Wahlen zuzulegen, empfindlich. Beim Panaschieren verliert die FDP wichtige Listenstimmen, die am Schluss entscheidend sein können, ob wir einen Sitz verteidigen oder sogar erobern können. Dies gilt natürlich nicht für Listen, mit welchen wir eine Unterlistenverbindung haben, also zum Beispiel den Listen der Jungfreisinnigen, der Frauen oder thematischen Listen.

Vielleicht denken Sie, dass die eine Stimme, die Sie einer anderen Partei geben, nicht so entscheidend sein kann. Doch wenn viele so denken, verlieren wir viele wichtige Stimmen. So steigt das Risiko, trotz guter Mobilisierung am Ende ohne Erfolg dazustehen. Ich bitte Sie daher, bei diesen wegweisenden Wahlen auf das Panaschieren zu verzichten!

Schreiben Sie nur Kandidatinnen und Kandidaten von FDP-Listen auf Ihren Wahlzettel, und unterstützen Sie so unsere Bemühungen.

Herzlichen Dank!

Mobilisierung

Überzeugen Sie Ihr Umfeld

Übernehmen auch Sie Verantwortung für die Zukunft des Erfolgsmodells Schweiz, und rufen Sie Ihr Umfeld auf, FDP-Listen und die FDP-Ständeratskandidierenden zu wählen.

Tun Sie dies im persönlichen Gespräch, per Telefon oder auf dem elektronischen Weg.

Jede Stimme zählt!

FDP

Die Liberalen

Am 18. Oktober:
Eidgenössische Wahlen

Wählen Sie FDP ...



... und stärken Sie unsere liberalen Werte in Bern!